

Thorner Zeitung



Segründet

anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Moders u. Podgorz 3 00 M., monatlich 1.00 M., frei ins Haus gebracht 3.50 M., monatlich 1.20 M., bei allen Postanstalten 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch Briefst. ins Haus gebr. 4 02 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Segelestr. 11.
Telegr.-Adr.: Thornei Zeitung, = Fernsprecher Nr. 48.
Bekanntmachungen: 2 1/2 M. / 2 1/2 M. / 2 1/2 M. in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich: W. I. B. in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thornei Ostdeutsche Zeitung, S. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Steingelände u. Anz., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Plagvorschritt 40 Pf., Reklamen die Kleinzeile 50 Pf., Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 33

Sonnabend, 8. Februar

1919

Neueste Nachrichten.

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 7. Februar. (Dr.) Durch ein Flugzeuggeschwader wurden Wurfgranaten auf Truppenansammlungen und feuernde Maschinengewehre bei Schubin und Regwalde abgeworfen. Im übrigen geringe Gefechts-tätigkeit.

Hindenburgs Antwort an den Reichsverband Ostschuß.

Berlin, 6. Februar. Der Reichsverband Ostschuß hatte dem General-Feldmarschall von Hindenburg mitgeteilt, daß sich in ihm alle Vereine zur Förderung ostdeutscher Interessen zusammenschließen haben, um im engsten Zusammenwirken mit den Reichs- und Staatsbehörden die baldige Zurückeroberung der Provinz Posen zu betreiben, die dauernde Erhaltung der Ostgrenzen des Reiches zu sichern und die Ostmark-Deutschen mit Rat und Tat zu unterstützen.

Darauf ist von Hindenburg folgendes Antwortelegramm eingegangen:

„Herzlichen Dank für den Ausdruck treuer Gesinnung. Möge unser aller Arbeit zum Wohle der Ostmark-Deutschen von Erfolg gekrönt sein.“
v. Hindenburg.

Umfriebezur Schädigung des deutschen Auslandskredites.

Berlin, 6. Februar. (Dr.) Die Vertreter verschiedener Orientstaaten haben in neutralen Staaten teils durch Mitteilungen an ihre Regierungen, teils durch Aufforderungen an die Banken selbst auf die Sperre deutscher Guthaben und Werte hingewiesen. Sie haben sich dabei auf die in Triest am 12. 12. 18 getroffenen Abmachungen berufen, haben jedoch, wie in einigen Fällen bekannt geworden ist, nicht deren genaue Wortlaut, sondern lediglich eine willkürliche und irreführende Kürzung des Textes wiedergegeben. Sie haben dadurch den Eindruck von deutschen Zugeständnissen erweckt, die in dem behaupteten Anfang nicht gemacht worden sind und zu deren Einräumung auch die deutschen Unterhändler nicht ermächtigt waren. Die deutsche Regierung hat durch dieses Vorgehen bei der Waffensstillstandskommission in Spaa nachdrückliche Vorstellungen erheben lassen und zugleich die deutschen Auslandsvertretungen mit den nötigen Weisungen versehen.

Maßnahmen der neuen Bremer Regierung.

Bremen, 6. Februar. (Dr.) Die neue Bremer Regierung erläßt folgende Verfügung: Alle seit der Revolution auf Anweisung der Regierung Ebert Scheidemann durch das Kriegsministerium erlassenen Verfügungen und Anordnungen, die von den bisherigen Machthabern nicht anerkannt worden sind und deren Durchführung dabei nicht vollzogen ist, treten unverzüglich in Kraft. Alle militärischen Stellen Bremens haben ohne Verzögerung alle Bestimmungen des Kriegsministeriums, die jetzt noch ihre Gültigkeit haben, durchzuführen.

Die Forderungen der Tschecho-Slowaken.

Paris, 7. Februar. (Dr.) Die Vertreter der fünf Großmächte hörten Kramarsch und Benisch an. Die Tschecho-Slowaken verlangen u. a. ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei. Desgleichen sind sie einer Vereinigung mit dem Gebiete der Südslawen nicht abgeneigt, denn so würden die Deutschen endgültig vom Orient abgeschnitten. Sie schlagen ferner die Internationalisierung der Verkehrswege der nicht am Meere gelegenen Staaten Mitteleuropas vor, besonders der Elbe, der Weichsel und der Donau. Dasselbe soll mit den Eisenbahnlinien zwischen Preßburg, Triest und Triame geschehen. Morgen wird der Ausschuß der Konferenz Emir Faykal hören.

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

Der in ganz Deutschland mit Spannung erwartete Bericht über die erste Sitzung der deutschen Nationalversammlung in Weimar kann nunmehr der Öffentlichkeit übergeben werden. Er enthält nichts Weltbewegendes, doch freut man sich, daß mit der Eröffnungsrede Eberts nach so viel fruchtlosem Gezänk, das nach der Revolution die Hallen des Reichstags- und des Landtagsgebäudes in Berlin erfüllt hat, endlich wieder der feste Boden parlamentarischer Beratungen betreten wird.

Funkentelegraphischer W. I. B.-Bericht von der deutschen Nationalversammlung in Weimar vom 6. Februar 1919.

Weimar, schon einmal in einer Zeit größerer Not und innerer Größe der Brennpunkt Deutschlands; erwartet die Nationalversammlung. Die kleine Stadt liegt im weichen tauenden Schnee, der unter den spärlichen Laternen schwach schimmert. Viele sehr beschäftigte Menschen füllen die Straßen. Die Stadt ist voller, aber nicht lauter geworden. Die Gäste haben schon heute genug zu tun, man kann den Ernst ihrer Arbeit von ihren eifrigen und angestregten Besuchern lesen, und die Eingeborenen der alten Residenzstadt sind davon in Anspruch genommen, den Gästen ihre wichtige Arbeit technisch zu ermöglichen. Überall wird die letzte Hand angelegt. Im Hoftheater wird geordnet und geräumt, gegenüber im Sophienstift wird die Einrichtung eines Hilfstelegraphenamtes, eines garnicht behelfsmäßigen, sondern höchst komplizierten Instituts, beendet. Es droht von Drähten und ein kleines Bataillon von Beamten und Beamtinnen steht bereit. Den großen Zeitungen und Nachrichtenbüros sind im selben Gebäude Zimmer zugeteilt worden, und wenn auch der Verkehr noch Schwierigkeiten bereitet, so ist doch gesorgt, daß die Welt schnell und sicher von dem, was hier geschieht, Nachricht erhalten wird. Sie hat ein Interesse daran, denn es ist nicht nur für Deutschland, sondern für Europa von Wichtigkeit, daß Deutschland aus der gegenwärtigen Bedrängnis zu einer ruhigen und gesicherten Existenz geführt wird, und daß die Errungenschaften der deutschen Umwälzung gefestigt und fortgeführt werden.

Europa und die Welt braucht, erschöpft vom Fieber der letzten Jahre und bedroht von seinen Folgen, Ruhe und Sicherheit der weiteren Entwicklung genau so gut wie Deutschland u. die Erfüllung der der Nationalversammlung in Weimar gestellten Aufgabe, die Existenz Deutschlands zu sichern und den bisherigen Ertrag der Revolution zu befestigen, ist nicht nur von weltgeschichtlicher Bedeutung und eine geschichtliche Leistung, sondern eine Leistung für die Welt.

Weimar ist sich der Rolle bewußt, die es zu spielen hat, und hält sich seiner Tradition gemäß ruhig und würdig. Die Gäste Weimars wissen, was man von ihnen erwartet. Sie kennen ihre Aufgabe und sind schon an der Arbeit, die nicht nur Zeit spart, sondern Kräfte sammelt. Gestern und heute fanden Fraktionsitzungen statt. Die deutschen Demokraten fanden sich gestern, soweit Eisenbahnschwierigkeiten sie nicht hinderten, in Erfurt zusammen, das Zentrum hatte mehrere Besprechungen, die Mehrheitssozialisten sind sich über ihre Taktik im klaren. Die Aufgaben, die gelöst sein wollen, werden die Wahl des Reichspräsidenten und der Beschluß über die Notverordnung sein.

Die Abgeordneten, die heute nachmittag das Haus der Tagung besetzen, werden am Doppelstandbild der Weimarer Dioskuren vorübergehen, die mit ruhiger, freundlicher Miene über den ruhigen freundlichen Platz blicken. Deutschlands beste Vergangenheit

wacht vor der Tür, aus der Deutschlands Zukunft gerecht und besiegelt hervorgehen soll.

Zur Eröffnung der deutschen Nationalversammlung zeigt die alte Goethestadt Weimar ein ungewöhnliches militärisches Bild Infolge der drohenden Haltung der Spartakistengruppen Thüringischer Städte hat die Regierung sich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit allen Mitteln entschlossen und umfassende militärische Vorbereitungen getroffen. Um das Stadtbild Weimar sind annähernd fünfundzwanzigttausend Mann einquartiert, darunter Artillerie und Minenwerfer-Abteilungen. Für den Sicherheitsdienst in und um das Parlamentsgebäude sorgt eine auserwählte Mannschaft des Berliner Polizeikorps. Bis zum heutigen Eröffnungstag herrscht allgemeine Ruhe und Zuversicht, die sich auch der Bevölkerung mitteilt. Die Bürgerschaft verleiht der allgemeinen Stimmung durch Flaggen Schmuck Ausdruck. Man sieht vorherrschend die alte achtundvierziger Schwarz-rot-goldene Farbe.

Die Nationalversammlung, die wie gewohnt, gegen den letzten Reichstag ein vollkommen verändertes Bild aufweist, konstituierte sich am Mittwoch. Die ausschlaggebende stärkere Partei der Mehrheitssozialisten, deren bekannteste Führer gegenwärtig der Regierung angehören, wählte David zum Fraktionschef. Das Zentrum, das den Wahlkampf in der Revolutionszeit unter dem Namen Christliche Volkspartei führte, nahm wieder den alten Namen Zentrum an und wählte Groeber, die bürgerliche Linke der Deutschen demokratischen Partei, in der die entschieden liberalen bürgerlichen Elemente versammelt sind, übertrug die Führung dem früheren Vizekanzler v. Payer, die Deutsche Volkspartei (frühere nationalliberale) wählte an Stelle des bekannten Parlamentarier Stresemann den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Heinze als Fraktionsvorsitzenden. Die rechtsstehenden parlamentarischen Gruppen, zur Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen, vermissen die früheren bekannten Führer wie Westarp und Heydebrand. Die Geschäftsführung übernimmt vorläufig Senior der Partei, der frühere Staatssekretär Graf Posadowski.

Die regelmäßige Zeitungsbesprechung durch die Post ist in Tätigkeit. Am Mittwoch ging sie erstmalig von Berlin nach Weimar, wodurch die Zeit zwischen Aufgabe und Ablieferung bekannter Berliner Tageszeitungen auf durchschnittlich drei bis 4 Stunden verringert wird.

Die parlamentarische Lage in Weimar, auch die vorläufige Beratungen der Parteien, ergibt die Wahrscheinlichkeit, daß die Mehrheitssozialisten, die Deutsch Demokraten und das Zentrum einen gemeinsamen parlamentarischen Mehrheitsblock bilden. Dies ergibt die Forderung, daß die genannten bürgerlichen Parteien auch Vertreter in die Regierung und das Parlamentspräsidium senden. — Der Eröffnungssitzung am Donnerstag ging vormittags ein Gottesdienst in der evangelischen und katholischen Kirche voran, woran viele Parlamentarier teilnahmen. Die Sozialistische Mehrheitspartei besprach am Mittwoch auch die Vorgänge in Bremen und billigte das Borgehen der Regierung.

Weimar, 6. Februar. (W. I. B.) Unter den Augen der ganzen Welt trat heute die deutsche Nationalversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Schon lange vor Beginn der Sitzung strömten die Abgeordneten in den Saal. Besonderem Interesse begegneten die weiblichen Abgeordneten. An den Regierungstischen hatten sämtliche Volksbeauftragten Platz genommen. Eine große Zahl von Ressortministern und Regierungsvertretern umstanden die Rednertribüne, und auch die Journalistensitzungen waren dicht besetzt. Un-

benutzt blieb dagegen zunächst der Präsidentenstuhl.

Ueber der ganzen Versammlung lag eine gewisse Ehrfurcht vor der Größe des geschichtlichen Augenblicks, sodas sofort lautlose Stille eintrat, als Volksbeauftragter Ebert das Wort ergriff, der unter dem Beifall des Hauses das Versprechen abgab, daß die vorläufige Regierung ihr Mandat, das sie der Revolution verdanke, in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen werde. Ebert lehnte sodann die Verantwortung für das Elend ab, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Uebermut der Militaristen das deutsche Volk geführt haben. Die Revolution sei auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. Harte Worte fand Ebert für die Rache und Vergeltungspläne unserer Gegner, die den schärfsten Einspruch herausforderten. Die Zustimmung des Hauses fand Ebert mit dem Hinweis, daß noch immer 800000 deutsche Kriegsgefangene von der Entente zurückgehalten werden. Aus diesem Akte der Gewaltpolitik spreche kein Geist der Versöhnlichkeit.

Große Bewegung entstand im Hause, als er auf den Rücktritt des Generals von Winterfeldt hinwies und erklärte, daß eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein könne, auf eine weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Ebert wandte sich noch einmal mit einem dringenden Appell an alle Völker der Welt, um dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl: Vor das Verhungern und die Schmach.

Was die innere Politik anlangt, so führte Ebert aus: Wir sind auf dem Wege zum vollen Sozialismus voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der Wohlfahrt und Kultur des Volkes erhöht dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.

Die Anschlußklärung der deutsch-österreichischen National-Versammlung

erwiderte Ebert mit herzlichem Gruß und sagt: Er sei sicher, im Sinne der Nationalversammlung zu sprechen, wenn er diese herzliche Gesinnung aufrichtig und mit Freude begrüße, sie sei mit gleicher herzlicher Brüderlichkeit erwidert. Sie gehören zu uns, und wir zu ihnen. Ebert schilderte dann die

trostlos wirtschaftliche Lage,

unter der die jetzige Regierung im eigentlichen Wortsinne als Konkursverwalter des alten Regimes die Regierung angenommen hat. Er richtete an die Arbeiterschaft und die Unternehmer den dringenden Appell, die Arbeit zu fördern, denn Sozialismus sei nach seiner Auffassung nur möglich, wenn die Produktion auch einen genügenden Grad der Arbeitsleistung innehält. Die Grundlage der alten Machtgestaltung, die preussische Hegemonie, das Hohenzollern-Heer, die Politik der Machthaber seien für immer gebrochen. Es gilt mehr als bisher die Wandlung zu vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus.

Alterspräsident Pfannkuch richtete sodann einige Beileitworte an die Nationalversammlung, die ihre Pflicht tun müsse mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unserer aller Herzen und Köpfe erfülle. — Nach Ernennung der vorläufigen Schriftführer ergab der Namensaufruf die Anwesenheit von 379 Abgeordneten und damit die Beschlussfähigkeit des Hauses. Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

